

Der politische Antisemitismus im Kaiserreich (1871-1900) unter besonderer Berücksichtigung des mittelhessischen Raumes

Von Erwin Knauß

Wenn man heute mit der jüngeren Generation über Antisemitismus spricht, kann man u. a. die folgenden aufschlußreichen Feststellungen treffen:

Bei den Jugendlichen, die in Elternhaus, Schule oder sonstwo etwas über den Antisemitismus gehört haben und somit meist wissen, was mit diesem Begriff gemeint ist, bezieht man sich sofort auf die Zeit des Nationalsozialismus und nimmt in verschiedener Weise Stellung zu diesem Problem, je nachdem, wie man von dieser oder von jener Richtung instruiert oder beeinflusst worden ist. Gleichzeitig aber konstatiert man eine erschreckende Unwissenheit über die Geschichte des Antisemitismus in Europa, über seine Quellen und Ursprünge, über die Motivation antisemitischer Bewegungen in den letzten eineinhalb Jahrtausenden. Die Jugendlichen glauben, der Antisemitismus sei eine Erfindung Hitlers und seiner Anhänger, eine bedauerliche Einzelercheinung im Raume deutscher Geschichte. Schließlich beobachtet man bei vielen jungen Menschen Verständnislosigkeit für das Phänomen des Antisemitismus, weil, wie ich glaube, die heutige Jugend kaum noch Gelegenheit hat, dem jüdischen Menschen, der jüdischen Minorität zu begegnen. Der verschwindend kleine Rest der deutschen Judenheit, der sich hier und da in Städten des Bundesgebietes wieder gesammelt hat — ich spreche nur von den Menschen jüdischen Glaubens, weil nur sie zahlenmäßig zu erfassen sind und eine Gemeinschaft bilden — lebt ja heute wiederum — allerdings aus freien Stücken — in einer gettoähnlichen Situation, so daß selbst dort, wo Juden heute in der BRD wohnen, die Möglichkeiten der Begegnung von Deutschen und Juden nur in beschränktem Rahmen gegeben sind. Soweit die Feststellungen in bezug auf die junge Generation.

Andererseits müssen wir heute erleben — und die Anzeichen dafür mehren sich leider in jüngster Zeit — daß der Hang zur Unduldsamkeit, zu Vorurteilen, das Bestreben für diese und jene Zeiterscheinung einen Sündenbock zu finden, daß alle diese Vorgänge, die so viele von uns als längst überwunden ansahen, auch in unserer Gesellschaft, die nach außen bisher so intakt und immun dagegen schien, möglich sind, ja daß auch unter uns heute wieder Epidemien inhumaner und destruktiver Art ausgelöst werden können, deren wir u. U. nur dann Herr werden, wenn wir uns diesen Erkenntnissen nicht mehr länger verschließen.

Der nachfolgende Beitrag möge daher einerseits der jüngeren Generation das Phänomen des Antisemitismus einmal in einem ihr bis dahin weithin unbekanntem Aspekt zeigen; andererseits sollte er uns alle nachdenklicher und kritischer machen gegenüber Zeiterscheinungen, die das friedliche Zusammenleben der Menschen erneut gefährden.

In den siebziger, achtziger, und neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts trat in verschiedenen deutschen Landschaften, besonders stark im nieder- und oberhessischen Raum, der politische Antisemitismus auf. Es wurden schon in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts antisemitische Ideen und Vorstellungen entwickelt, bewußt falsche Behauptungen aufgestellt und Forderungen erhoben, die sich von denen Hitlers und seiner antisemitischen Gefolgsleute nur darin unterscheiden, daß sie glücklicherweise damals nicht zur Ausführung gelangt sind. Es ist zunächst notwendig, diese bewußt vorweggenommene Feststellung durch die Darstellung der allgemeinen Entwicklung des politischen Antisemitismus im Kaiserreich zu untermauern und damit gleichzeitig auch das Verständnis für den besonderen Ablauf der Geschehnisse im oberhessischen Raum zu erleichtern.

Ich brauche hier nicht näher zu erläutern, daß das Wort Antisemitismus an sich eine Bezeichnung ist, die für etwas anderes gebraucht wird, als sie sprachlich bedeutet. Wenn man antisemitisch wörtlich nimmt, müßten die Araber — heute wohl die schlimmsten Feinde der Juden — ihre größten eigenen Gegner sein, da sie ja ebenso der semitischen Familie angehören wie die Juden selbst. Gebrauchen wir also der Einfachheit halber Judenfeindschaft und Antisemitismus im folgenden alternativ. Doch soll gleich angemerkt werden, daß der Begriff Antisemitismus erst im Jahre 1879 entstanden ist.

Es hat zu allen Zeiten Judenfeindschaft gegeben. In den vergangenen Jahrhunderten war sie aber fast ausnahmslos religiös begründet — wir denken an die grausamen Verfolgungen der als Christusmörder angeklagten Juden während des 1. Kreuzzuges im Jahr 1096 und an die Judenmorde in den rheinischen Städten — oder ergab sich aus der soziologischen und wirtschaftlichen Getto-Situation der Juden im Mittelalter, jenem Anderssein als ihre Umwelt, das teils mißtrauisch, teils abergläubisch beobachtet wurde und schließlich zu besonderen Zeiten in zügellosen Haß umschlug, wie z. B. bei den todbringenden Judenhetzen der Jahre 1348—1351 aus Anlaß der Europa heimsuchenden Pestwelle.

Ganz anders stellt sich uns die Judenfrage in der 2. Hälfte des 19. Jahrh. dar. Damals hatte, beginnend mit der Aufklärung im 18. Jahrh. über die Französische Revolution bis hin zu den Reformen Steins und Hardenbergs in Preußen, der Prozeß der Judenemanzipation langsam eingesetzt und über das Jahr 1848 bis zum Beginn des Kaiserreiches in Deutschland allmählich seinen Abschluß gefunden. Die humanitäre Toleranz, nicht die christliche Nächstenliebe war es, die dieses Ergebnis erreicht hatte.

Der Preis für die Emanzipation der Juden war die mehr oder weniger offen erhobene Forderung der christlichen Umwelt an die Juden, sich in die nationale Gemeinschaft des deutschen Volkes einzuordnen, ja den christlichen Glauben anzunehmen. Das Streben vieler Juden in Deutschland war tatsächlich gegen die Widerstände ihrer eigenen orthodoxen Kreise darauf gerichtet, diese kulturelle Assimilation mit dem deutschen

Volk zu vollziehen, wenn nötig sogar religiös zu konvertieren, um die errungene Rechtsstellung zu behaupten und auszubauen.

Wenn auch die judenfeindlichen Stimmen nie ganz verstummten, so haben die inneren und äußeren Kämpfe um die nationale Einheit zwischen 1847 und 1871 die Feindschaft gegen die Juden doch zurücktreten lassen. Auch die Zeit unmittelbar nach der Reichsgründung verlief in dieser Hinsicht relativ ruhig, da Bismarcks Werk den seit 1815 gehegten großen Wunschtraum der Volksmassen befriedigt hatte und für antisemitische Strömungen noch keine tieferen Beweggründe vorlagen.

Doch unmittelbar nach den sog. Gründerjahren erlebte das Deutsche Reich eine Wirtschaftskrise von erheblichem Ausmaß; etwa gleichzeitig begann Bismarck den Kulturkampf gegen die katholische Kirche, und schließlich wird ab 1875 die Auseinandersetzung zwischen den Anhängern einer Schutzzollpolitik und ihren Gegnern, den sog. Freihändlern, immer schärfer.

All das breitet eine Welle des Mißtrauens und der Unzufriedenheit in weiten Teilen der deutschen Bevölkerung aus, insbesondere bei den von den geschilderten Krisenerscheinungen besonders betroffenen Gruppen der Kleinbürger, des Mittelstandes und der Bauern. Als nun die schleichende Wirtschaftskrise zu einer offenen Absatzkrise wurde, als eine große Zahl gerade erst gegründeter Unternehmen wieder zusammenbrach, als die Börsenspekulation überhandnahm, als die Löhne und Gehälter fielen und Massenentlassungen vorgenommen werden mußten, als es 1876 in Philadelphia auf der Weltindustrierausstellung hieß: „Aus Deutschland kommen nachlässige und schwindelhafte Arbeiten“, da plötzlich wurde die Frage nach dem Sündenbock laut, und da schossen auch die judenfeindlichen Stimmen wieder wie Pilze aus dem Boden, und . . . man war bereit, sie zu hören. Zu diesem Zeitpunkt trat die religiöse Motivation der Judenfeindschaft in den Hintergrund, und es sind jetzt der antikapitalistische und der nationalistische, nach 1880 dann auch der rassistische Affekt, der den Judenhaß anheizte.

Der antikapitalistische Affekt war praktisch ein Protest gegen den Liberalismus in Staat und Gesellschaft, ein soziales Unbehagen jener Kreise, die sich unter den liberalen Wirtschaftsbedingungen nicht zurechtfinden, so etwa mittelständische Händler und Gewerbetreibende, welche die ihnen als skrupellos erscheinende „Geschäftstüchtigkeit“ der jüdischen Konkurrenz spürten. Es waren ebenso kapitalarme Kleinbauern, die in den zahlreichen jüdischen Viehhändlern und Bodenaufkäufern die Verkörperung all der Gefahren sahen, die ihnen von der liberal-kapitalistischen Marktwirtschaft drohten. Im ganzen gesehen waren es Schichten, die sich im neuen Reich nicht oder noch nicht zu Hause fühlten und ihre gesellschaftliche oder soziale Stellung bedroht sahen.

Man war daher in diesen Kreisen gern bereit, liberalistisch mit jüdisch gleichzusetzen, und der Antisemitismus entsprang hier vor allem der Angst vor wirtschaftlicher Deklassierung durch den Kapitalismus.

Was lag auch näher, als Liberalismus und Judentum auf eine Ebene zu heben, waren die Juden doch durch den Liberalismus politisch und — zumindest theoretisch — auch gesellschaftlich gleichberechtigt geworden, profitierten sie nicht überall vom Liberalismus, waren sie nicht seine eifrigsten Verfechter?

Das nationalistische Antriebsmotiv für die antisemitischen Strömungen der 70er Jahre des 19. Jh. lag vor allem darin begründet, daß die Juden auch nach der Erringung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung in ihrer Mehrzahl gar nicht daran dachten, sich völlig zu assimilieren. In der überwiegenden Mehrheit bewahrten sie vielmehr ihre völkischen Traditionen ebenso wie ihre angestammte Religion. Diese Bewahrung jüdischer Sonderart aber schien vielen, selbst liberal denkenden Deutschen als eine gefährliche Belastung der gerade erst erreichten, doch noch keineswegs gefestigten nationalen Einheit Deutschlands. Alles „Fremde“ schien Störung und Gefahr zu bedeuten. Zu solchen „Fremden“ aber zählten, nicht zuletzt aus überliefertem, ins Mittelalter zurückreichendem Vorurteil, die Juden. Man forderte daher von den Juden, sich anzugleichen. Wenn sie das nicht taten, warf man ihnen vor, sie beanspruchten in unverhältnismäßig großem Umfang öffentliche Geltung und Macht, und sie müßten sich der Freiheit, die ihnen großmütig gewährt worden sei, erst noch würdig erweisen. Ja, man forderte schon offen die Rückgängigmachung der Judenemanzipation, die Ausschaltung der Juden aus dem öffentlichen Dienst und ihre Zurückdrängung in eine erneute Pariastellung. Zumindest aber forderte man die Juden zu größter Zurückhaltung auf.

Neben den antiliberalen und den nationalen Antisemitismus trat dann nach 1880 als weitere und, wie sich später herausstellen sollte, wirkungsvollste Variante der rassistische Antisemitismus. Er wurde von sog. völkischen Gruppen verfochten, die schon damals einen Mythos des nordischen Blutes und des Germanentums konstruierten. Unter der mittelständischen, meist konservativ eingestellten Bevölkerung der Bauern und Kleinbürger fand er seine meisten Anhänger. Hier wurden oft willkürlich und wahllos Liberalismus, Kapitalismus und Sozialismus mit dem Judentum gleichgesetzt und die Gesittung und Arterhaltung bewirkenden Kräfte eines nie näher definierten Deutschtums dem entgegengestellt. Die uns Älteren noch deutlich in den Ohren klingenden Vorwürfe des NS-Regimes im Stil des „Stürmers“ von der Behauptung des Ritualmordes bis zur Weltverschwörung und systematischen Zersetzung aller nicht-jüdischen, besonders aber der christlichen Völker, wie sie später in den erfundenen Protokollen der „Weisen von Zion“ niedergelegt sind, begegnen uns schon hier.

Alle drei genannten Richtungen des Antisemitismus gaben sich meist nicht in reiner Form; sie gehen vielfach ineinander über. Das bedeutet einerseits eine ideologische Schwäche des Antisemitismus, hinderte aber andererseits auch seine konsequente Bekämpfung.

In die offenen Wunden der einerseits von Wirtschaftskrise und nicht verdaulichem Liberalismus angeschlagenen Gesellschaft und des andererseits

um sein Prestige als Nation bangenden Bürgertums, legten nun die antisemitischen Agitatoren ihre Finger und begannen einen offenen Kampf zur Zurückdrängung, ja zur Ausschaltung der Juden aus der deutschen Bevölkerung, indem sie versuchten, die antisemitischen Strömungen parteipolitisch zu organisieren. Eine wahre Flut von antisemitischen Publikationen in der ganzen Breite von dem Versuch einer menschlichen Lösung der Judenfrage durch Auswanderung bis zu den wütesten Kampf- und Hetzschriften ergoß sich auf die deutsche Öffentlichkeit und bereitete diesen parteipolitischen Zusammenschlüssen den Boden.

Es ist im Rahmen dieses Aufsatzes kaum möglich, auch nur eine repräsentative Auswahl zu zitieren, und doch müssen einige dieser Schriften wegen der besonders verhängnisvollen Wirkung, die sie gehabt haben, hier genannt werden:

Im Jahre 1873 erschien von dem bis dahin als Journalist gescheiterten Wilhelm Marr die Schrift „Der Sieg des Judentums über das Germanentum“, die eine erstaunlich weite Verbreitung fand und bis 1879 mehrere Auflagen erlebte. Marr gelang es, einen großen Teil der deutschen Öffentlichkeit auf die Judenfrage aufmerksam zu machen, indem er die apodiktische Behauptung aufstellte, das Judentum mit seiner Welt- und Lebensanschauung, seiner sittlichen Kraft, hätte das Germanentum überspielt. So sagt er an einer Stelle das Ende Deutschlands voraus: „Vielleicht will es das Fatum, daß wir eure Heloten werden. Wir sind auf bestem Wege dazu ... finden wir uns in das Unvermeidliche, wenn wir es nicht ändern können. Es heißt: Finis Germaniae 1).“

Marr erfand nicht nur das Schlagwort vom „Protest der germanischen Rasse“, sondern er prägte auch 1879 den Begriff des Antisemitismus. Im selben Jahr gründete er die „Antisemiten-Liga“ und verlegte die „Deutsche Wacht“, eine erste antisemitische Zeitschrift. Marr, der weder im christlichen Glauben noch im Konservatismus wurzelte, zählte sich zur wahren Elite Deutschlands und wollte mit seinem Kampf gegen die Juden den Nationalstolz wecken.

Eine ähnlich weite Verbreitung fand eine Artikelserie von Otto Glagau, 1876 in der „Gartenlaube“ erschienen, die damals eine Auflagenhöhe von rund 400 000 hatte, mit dem Titel „Der Börsen- und Gründungsschwindel“. Glagau machte sich hier zum Wortführer des von der Wirtschaftskrise besonders hart getroffenen Mittelstandes und setzte simplifizierend die brennende soziale Frage der damaligen Zeit mit der Judenfrage gleich. So etwa, wenn er schreibt: „Nicht länger dürfen wir es dulden, daß die Juden sich überall in den Vordergrund drängen, überall die Führung, das große Wort an sich reißen. Sie schieben uns Christen stets beiseite, sie drücken uns an die Wand, sie nehmen uns die Luft und den Atem ... Die ganze Weltgeschichte kennt kein zweites Beispiel, daß ein heimatloses Volk, daß eine entschieden degenerierte Rasse bloß durch List und Schlaueheit, durch Wucher und Schacher über den Erdkreis gebietet 2).“

1) Wilhelm Marr: „Der Sieg des Judentums über das Germanentum“, 10. Aufl., Bern 1879, S. 46 ff.

2) Otto Glagau: „Der Börsen- und Gründungsschwindel“ in der „Gartenlaube“ (1874/76).

Damals ging auch das böse Wort von Bismarcks Reich als einem „Neu-Palästina“ umher und gab Bismarcks innenpolitischen Gegnern vielfach Anlaß, kräftig in das Horn des Antisemitismus zu stoßen. Das war auch der Grund, warum z. B. die konservative „Kreuzzeitung“ heftig gegen die Juden polemisierte. Und auch das Zentrum sah im Antisemitismus eine Möglichkeit, Bismarck anzugreifen und die Front des Kulturkampfes zu schwächen. Hier liegen die Motive für die antisemitischen Artikel in der katholischen Zeitschrift „Germania“ während des Jahres 1875³⁾. Man sah von seiten des Katholizismus in den Juden die Promotoren des Liberalismus und der aus ganz anderen Gründen fortschreitenden Säkularisation und machte sie damit indirekt für den Kulturkampf verantwortlich.

Nicht unerheblichen Einfluß hatten hier die problematischen Schriften des Prager Kanonikus und Professors August Rohling — nomen est omen — so das zwischen 1865 und 1935 in zahlreichen Auflagen erschienene Buch „Talmudjude“ oder die 1883 erschienene pseudo-wissenschaftliche Betrachtung „Die Polemik und das Menschenopfer des Rabbinismus“. In einem denkwürdigen Prozeß wurde Rohling später als Lügner und Fälscher entlarvt!

Noch aggressiver und einflußreicher griff die „Deutsche Reichsglocke“, das Organ der „Antikanzler-Liga“, jener ultrakonservativen Agrarier, in die antisemitische Auseinandersetzung ein, da sie ihre Gegner, die Freihändler und Nationalliberalen, mit dem Judentum gleichsetzte. In einem Leitartikel dieser Zeitschrift vom Dezember 1876 hieß es⁴⁾: „Manchestertum (= radikales Freihändlertum und Liberalismus) und Judenwirtschaft sind identische Begriffe, dies ist allen, welche über unsere Verarmung in der Landwirtschaft und in der Industrie nachdenken, längst klar geworden. Reich werden, ohne zu arbeiten; ernten, ohne zu säen, das ist der Beruf des Juden, und es ist auch die Lehre unserer radikalen Freihändler... Die Nation wird bald Rechenschaft verlangen von den jüdischen Säulen des Manchestertums, welche die Pflege der nationalen Arbeit und das Wohl des deutschen Volkes den spekulativen Prozentchangelüsten der internationalen Konkurrenz geopfert haben. Trotz Judenpresse und Judengeld wird dieser Tag eher einbrechen als Shylock sich träumen läßt.“

Noch massiver, ja schon außerhalb aller Menschenrechte, klingt es aus den sog. „Deutschen Schriften“ (1878—1881) des Orientalisten Paul de Lagarde, der die Juden als Fremde in jedem europäischen Staat und als Zersetzer aller Ordnung ansieht. Wörtlich heißt es bei ihm: „Mit Trichinen und Bazillen wird nicht verhandelt, Trichinen und Bazillen werden auch nicht erzogen, sie werden so rasch und so gründlich wie möglich vernichtet⁵⁾!“

Ähnlich unheilschwanger wirkten die Schriften Eugen Dührings, eines wegen seiner unverträglichen und intoleranten Art gescheiterten Gelehrten von gleichwohl hoher Intelligenz. Er versuchte, den rassistisch motivierten

³⁾ Massing: Vorgeschichte des politischen Antisemitismus, Frankfurt 1959, S. 13 ff.

⁴⁾ „Deutsche Reichsglocke“, Leitartikel v. 24. 12. 1876.

⁵⁾ Lagarde: „Ausgewählte Schriften“, zusammengestellt v. P. Fischer, 2. Aufl., München 1934, S. 239.

Antisemitismus, der in jenen Jahren immer weitere Kreise erfaßte, nicht nur biologisch, sondern auch philosophisch und historisch zu untermauern. Besonders in seiner 1881 erschienenen Schrift „Die Judenfrage als Rassen-, Sitten- und Kulturfrage“ sieht er das jüdische Volk als „eines der niedrigsten und mißlungensten Erzeugnisse der Natur“ an, das stiehlt und die Früchte anderer Völker und Kulturen ausbeutet. Er sprach auch als erster offen aus, daß ein wirklicher Christ kein Antisemit sein könne. Er erwägt schon die Deportation aller Juden in einen Judenstaat, denn die Juden sind für ihn „ein inneres Karthago, dessen Macht die modernen Völker brechen müssen, um nicht selbst von ihm eine Zerstörung ihrer sittlichen und materiellen Grundlagen zu erleiden“ 6).

Das „esse delendam“ ist zwar hier noch nicht ausgesprochen, es darf aber konsequenterweise ergänzt werden 7).

Dühring gründet seine Lehre vornehmlich auf den angeblich minderwertigen Rassencharakter der Juden und fordert dazu auf, die Emanzipation rückgängig zu machen, den Einfluß der Juden auf öffentliche Angelegenheiten, Erziehung und Presse völlig zu beseitigen, ihr Vermögen der staatlichen Kontrolle zu unterwerfen und die Ehen mit ihnen zu ächten. Man hat Dühring als den Klassiker des Rassenantisemitismus bezeichnet, da in seinen Schriften bereits all die Wege und Methoden vorgezeichnet sind, deren sich der Rassenantisemitismus der NS-Zeit so unheilvoll bedienen sollte. Sein Einfluß auf den ideologisch begründeten Rassenantisemitismus, der seit dem Erscheinen von Dührings Schriften immer weitere Kreise erfaßte, war schon damals sehr groß. Gleichwohl bleibt Dührings Wirkung auf die Masse relativ gering, einmal weil seine philosophisch verbrämten Darlegungen für die breite Masse nur schwer zu verstehen waren, vor allem aber wegen seiner Übertreibungen und ungläubhaften Behauptungen, die selbst bei wohlwollenden Judengegnern damals nicht ankommen konnten. Wenn er beispielsweise die jüdische Gefahr die „Schmach des letzten Jahrtausends(!)“ nennt oder wenn er gar den Nationalismus, ja den Antisemitismus als „verjudet“ bezeichnet, so ist das nur noch aus seiner tiefen Unsicherheit zu erklären, die auf physischen und psychischen Störungen beruhte. So war Dühring erblindet, und seinen persönlichen Mißerfolg im Beruf führte er auf jüdische Machenschaften gegen ihn zurück 8).

Übertroffen wurde Dühring in der Breitenwirkung seiner Gedanken später von dem Wahldeutschen und Schwiegersohn Richard Wagners, Houston Stewart Chamberlain, dessen Bücher weitgehend auf den Lehren Darwins und den pseudowissenschaftlichen Erkenntnissen des französischen Grafen Gobineau fußen. Wahrscheinlich beruhte diese Wirkung auf der Tatsache, daß Chamberlain Engländer war und sich ausdrücklich

6) Dühring: „Ersatz d. Religion durch Vollkommeneres u. die Ausscheidung alles Judentums durch den modernen Völkergeist“, 1883, S. 61 ff. u. 131.

7) W. Kampmann: „Deutsche u. Juden“, Heidelberg 1963, S. 301.

8) Berühmt wurde der „Anti-Dühring“, eine Streitschrift von Friedrich Engels, unter dem Titel: „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft“, der damit die zum Anarchismus tendierenden Thesen Eugen Dührings, die unter den Sozialdemokraten manche Verwirrung stifteten, abwehren wollte.

— im Gegensatz zu Dühring — zum Christentum bekannte, freilich zu einem Christentum seiner eigenen arisch-germanischen Prägung. Für Chamberlain ist nur die weiße Rasse und in ihr der sog. Arier wertvoll und kulturschöpfend, während die Semiten, die Juden nur Schädliches und Minderwertiges leisten konnten. Da sein Hauptwerk „Die Grundlagen des 19. Jh.“ erst 1899 erschien und daher auf die Ereignisse, die uns hier beschäftigen, keinen Einfluß hatte, brauche ich darauf nicht näher einzugehen.

Auftrieb und Zustrom erhielt die antisemitische Bewegung auch in seriösen Kreisen durch das offene Engagement zweier bekannter und bedeutender Männer, des Historikers Heinrich v. Treitschke und des Berliner Hofpredigers Adolf Stoecker.

Treitschke hat unseligerweise 1879 das Schlagwort aller nachfolgenden Judenfeindschaft geprägt, indem er am Schluß einer Abhandlung über die Judenfrage in den „Preußischen Jahrbüchern“ sagte ⁹⁾:

„Täuschen wir uns nicht: die Bewegung ist sehr tief und stark; bis in die Kreise der höchsten Bildung hinauf, unter Männern, die jeden Gedanken religiöser Unduldsamkeit oder nationalen Hochmuts mit Abscheu von sich weisen würden, ertönt es heute wie aus einem Munde: Die Juden sind unser Unglück!“

Der Gelehrte forderte von den Juden völlige Assimilation und Aufgehen im deutschen Volk. Irgendwelche rassistischen Vorurteile hatte Treitschke noch nicht; ihm ging es um die nationale Einheit, die innere Festigung des gerade erst geschaffenen Reiches. Mit den Radau-Antisemiten will er nichts gemein haben.

Aus etwas anderen Motiven betreibt Stoecker ¹⁰⁾ seinen Antisemitismus. Er ist der Vertreter der Verbindung von Thron und Altar, der Verfechter der preußisch-konservativen Staatsidee. So sieht er im Judentum die Vertreter des gefährlichen Liberalismus und damit die Förderer anti-kirchlicher Stimmungen und einer schrankenlosen Ausbreitung kapitalistischen Denkens. Die Judenfrage ist für ihn eine religiöse und sozial-ethische Frage, und daher fordert er die Eindämmung des nach seiner Ansicht übermächtigen fremden Geistes, aber gleichzeitig auch Stärkung der sittlich-religiösen und nationalen Kräfte des deutschen Volkes. In dem schon mehrfach erwähnten Jahre 1879 begann sich der Antisemitismus auch politisch zu formieren, nachdem Moritz Busch, ein Bismarck nahestehender Publizist, eine radikale Antisemitenpartei gefordert hatte, um auf diese Weise den Ausschluß der — wie man sagte — „semitischen Eindringlinge“ und die Rücknahme ihrer Emanzipation durchzusetzen. Seine Artikelserie „Israel und die Gojim“ veröffentlichte er 1880 ¹¹⁾.

Kennzeichnend für diese Hinwendung der antisemitischen Angriffe auf die politische Bühne ist die berühmt gewordene „Antisemiten-Petition“ im Preußischen Landtag vom November 1880, die mehr als 265 000 Unter-

⁹⁾ 15. 11. 1879: „Ein Wort über unser Judentum“, in den Preußischen Jahrbüchern.

¹⁰⁾ Adolf Stoecker: „Christlich-soziale Reden u. Aufsätze“, 2. Aufl., Berlin 1890.

¹¹⁾ Masing, a. a. O., S. 80.

schriften trug und auf eine Minderung der staatsbürgerlichen Rechte der Juden abzielte. Ihre Initiatoren nach fast einjähriger Vorbereitung waren Liebermann v. Sonnenberg, ein verschuldeter ehemaliger Offizier, der später noch als Reichstagsabgeordneter¹²⁾ von sich reden machte, und Bernard Förster, der Schwager Nietzsches.

Verfiel die Petition trotz wiederholter Eingabe und massenweiser Verbreitung auch der Ablehnung, so hatte sie doch zur Folge, daß sich die Antisemiten jetzt zusammenschlossen. Antisemitische Vereine, Organisationen und Parteien schossen wie Pilze aus dem Boden. Gewiß war die Zahl ihrer organisierten Mitglieder gering, aber ihre Lautstärke übertönte oft ihren Einfluß, und ihre häufig wechselnden Namen stifteten nicht nur Verwirrung, sondern erregten doch auch manche Aufmerksamkeit.

Von großem und bis in die dreißiger Jahre unseres Jahrhunderts fort-dauerndem Einfluß auf die akademische Jugend war der 1880 gegründete, von Stoecker inspirierte „Verein deutscher Studenten (VDST)“ mit starken antisemitischen Tendenzen, ebenso wie der von Treitschke geförderte „Kyffhäuserbund“, der zur gleichen Zeit entstand. Liebermann v. Sonnenberg und Förster gründeten den konservativen „Deutschen Volksverein“, und schon 1880 entstand in Dresden eine „Deutsche Reformpartei“, die ein konsequentes antisemitisches Programm beschloß, in dem u. a. die Ausschließung der Juden von allen Staats- und Gemeindeämtern sowie von allen gesetzgebenden Körperschaften gefordert wurde.

Von besonderer Bedeutung war in dieser Frühzeit des politischen Antisemitismus die von Stoecker geleitete „Berliner Bewegung“, die vor allem durch das Einströmen von Ostjuden nach den Pogromen im Zarenreich (1881) größeren Auftrieb erhielt. Die antisemitische Propaganda fand dadurch neue Möglichkeiten, Nationalismus und Antisemitismus zu verknüpfen; sie machte aus der Flucht der russischen Juden eine russische Gefahr für das Deutsche Reich. Stoeckers „Christlich-soziale Arbeiterpartei“, die seit 1875 in Berlin versucht hatte, die der SPD zuströmenden Arbeitermassen mit Staat und Kirche (Thron und Altar) auszusöhnen, nahm 1879 den Antisemitismus in ihr Programm auf. Stoecker hatte nämlich einsehen müssen, daß es ihm trotz redlicher Bemühung und trotz seiner glänzenden Rednergabe nicht gelungen war, die Arbeiter für seine Thesen zu erwärmen. Sein Anhang setzte sich mehr und mehr aus kleinen Kaufleuten, Handwerkern und unteren Beamten zusammen — ähnlich wie bei der schon erwähnten „Deutschen Reformpartei“ in Dresden. Diese Bevölkerungskreise waren — das erkannte Stoecker sehr bald — mit antisemitischen Parolen zu fesseln, die Arbeiter — selbst unterdrückt und keineswegs wirklich gleichberechtigt — nicht.

Stoeckers „Berliner Bewegung“ ist typisch für das Bemühen vieler konservativer Gruppen jener Zeit, die sich den großen Wandlungen entgegen-zustemmen versuchten, um das Rad der Geschichte aufzuhalten.

Die antisemitische Bewegung in Berlin, Dresden und anderen Städten hatte sich um 1885 totgelaufen, aber ihr Ideengut hatte inzwischen längst

¹²⁾ 1890—1910 MdR Wahlkreis Fritzlar/Homberg.

die Provinz erfaßt, und der Antisemitismus gewann nun zusehends mehr an Bedeutung, in nichtindustriellen und nichtkatholischen Gebieten Sachsens, Westfalens und der Ostseeprovinzen; sein Hauptverbreitungsgebiet aber fand er in Oberhessen und Kurhessen, also im Raum zwischen Frankfurt und Kassel. Weder Stoeckers „Berliner Bewegung“ noch einer der anderen antisemitischen Parteigruppierungen war es trotz intensiver Bemühungen bis 1887 gelungen, ein Reichstagsmandat zu erringen. Dieser Erfolg und damit der Einstieg des politischen Antisemitismus in den Reichstag war dem Marburger Bibliotheksassessor Dr. Otto Böckel vorbehalten¹³⁾, der bei der Reichstagswahl 1887 mit knapp 28 Jahren das Mandat des Wahlkreises Marburg gewann. (Ergebnis: Böckel 5388, Grimm [Konserv.] 2489.)

Böckel, am 2. Juli 1859 in Frankfurt als Sohn eines Bauunternehmers geboren, studierte zunächst Jura und Nationalökonomie in Leipzig und Marburg (1878/79), wandte sich dann aber in Gießen der Volkskunde zu, die ihn zeitlebens nicht mehr losläßt. Hier hat er Bedeutendes auf dem Gebiet der Volksliedforschung geleistet, und seine hessischen Liedersammlungen wie seine übrigen Publikationen zum Volkslied haben wertvolles Volksgut erhalten¹⁴⁾. Im August 1882 promovierte er in Marburg und leistete anschließend seine militärische Dienstpflicht ab. Vom Herbst 1883 bis 1887 ist er Kustos an der Marburger Universitätsbibliothek gewesen.

Mit jugendlicher Begeisterung liest er die jüdenfeindlichen Kampfschriften eines Marr, Glagau¹⁵⁾ und Dühring. Was er damals in sich aufnahm, vermischte sich mit seinem volkskundlichen Interesse und seiner schwärmerischen Liebe zu Heimat und Bauerntum zu einem eigentümlichen Konglomerat politisch-weltanschaulichen Denkens, das nur noch des Funkens bedurfte, um entzündet zu werden. Dieser Funke war ein Mordprozeß vor dem Landgericht Marburg im Jahre 1883. Ein Bauer aus Nordeck war angeklagt, einen Juden erschlagen zu haben; man konnte dem Bauern nichts nachweisen und sprach ihn frei. Aber die Tatsache, daß er Hab und Gut kurz zuvor an den erschlagenen Juden verloren hatte, machte den Freispruch problematisch.

Böckel ist unter den zahlreichen Besuchern des Prozesses; er spricht zu den aus der Umgebung zu Hunderten herbeigeeilten Bauern und wird in dieser Stunde zum antisemitischen Agitator, zum Bauernführer gegen vermeintliches Unrecht. Seine ersten Anhänger sind Gießener und Mar-

¹³⁾ Über Dr. Otto Böckel fehlt bisher eine fundierte Biographie. Ferd. Werner, Otto Böckel, in: „Lebensbilder aus Kurhessen und Waldeck“ (20/1, 1939), ist wegen des bewundernden und lobpreisenden Stils ebensowenig ernst zu nehmen wie das, was E. Schmah, „Die antisemitische Bauernbewegung in Hessen von der Böckelzeit bis zum Nationalsozialismus“, Gießen 1933, über Böckel schreibt. Jüngst sehr zu beachten: R. Mack, Otto Böckel und die antisemitische Bauernbewegung in Hessen 1887—1894, in: Wetterauer Geschichtsblätter, Bd. 16, Friedberg 1967, S. 113—147.

¹⁴⁾ Über seine Publikationen zuletzt R. Mack, a. a. O., S. 123. Über die volkskundliche Leistung Dr. Otto Böckels siehe: H. Hepding, Nachruf auf Otto Böckel, in: Hessische Blätter für Volkskunde, Bd. XXII, Gießen 1924, S. 88—90.

¹⁵⁾ R. Mack, a. a. O., S. 127 u. Anm., weist nach, daß Glagau sein Lehrmeister in der Politik war, und auch die Verbindung mit Dühring wird deutlich.

burger Studenten, unter ihnen manche, die den antisemitischen Infekt ein Leben lang nicht mehr loswurden ¹⁶⁾.

Unter dem bezeichnenden Decknamen Dr. Capistrano ¹⁷⁾ schrieb er bereits 1883 seine erste antisemitische Kampfschrift „Die europäische Juden- gefahr“, der 1886 „Die Juden, die Könige unserer Zeit“ folgte. 1887 erschien „Die Quintessenz der Judenfrage“. Hier ist sein verworrenes politisches Programm niedergelegt, das sich sowohl gegen den Liberalismus wie gegen den Marxismus wendet, das sich gegen die industrielle Entwicklung stemmt, ja das auch Kirche und Monarchie nicht verschont. So schreibt er:

„Das große Unglück Deutschlands ist die Partei- und Fraktionswirtschaft. Unser Parlamentarismus schmachtet unter dem Drucke der politischen, abgelebten Parteien. Konservativ, ultramontan, liberal, freisinnig, alle diese Parteischlagwörter müssen fallen; der nationale Gedanke muß weiter lebendig werden im Volke... Von rechts bis links, nirgends ist eine Partei, die wir als wahre Volks- und Mittelstandspartei begrüßen könnten. Alle Parteien haben ihre Hintergedanken und ihre egoistischen Zwecke. Darum immer hinweg mit ihnen!“ — „Der Konservative paßt uns nicht als Reaktionär, als Beschränker der Volksfreiheit, der Nationalliberale nicht als unsicherer Doktrinär, der Freisinnige nicht als eingefleischter Manchestermann, das Zentrum nicht, weil es nur einseitig die Interessen der Katholiken vertritt, der SPD-Mann nicht, weil er Phantomen nach- jagt und vergißt, daß wir Menschen und keine Engel sind, alle Parteien aber passen uns außerdem auch deshalb nicht, weil sie nicht offen Farbe bekennen in der Judenfrage. Die Zukunft Deutschlands beruht auf einer Neubildung der Parteien. Gelingt dies schwere Werk, dann gut, gelingt es nicht, dann gehen wir zugrunde. Der Antisemitismus birgt in seinem Schoß die Keime einer großen nationalen Zukunftspartei; die Zukunft wird nun lehren, ob das deutsche Volk noch gesund und unverdorben genug ist, um diese Keime ausreifen zu lassen.“

Im Jahre 1886 forderte der 2. deutsche Antisemitentag in Kassel: „Die Gleichberechtigung der Juden ist aufzuheben, und sie sind unter eine besondere Fremdengesetzgebung zu stellen.“ Die Delegierten gründeten dort die „Allgemeine antisemitische Vereinigung“ mit dem Sitz in Kassel. Von diesem Tag gingen Impulse aus in die Bauerndörfer des nordhessischen Landes, die teilweise erheblich unter geschäftstüchtigen jüdischen Bodenaufkäufern und Viehhändlern zu leiden hatten. Schon damals war Otto Böckel einer der am meisten beachteten Redner. Wenn man den beispiellosen Erfolg Böckels recht beurteilen will, darf man nicht über- sehen, daß er sich nicht damit begnügt hat, die Juden zu bekämpfen, sondern daß er durch die Einrichtung von Einkaufs- und Absatzgenossen- schaften, Spar- und Darlehenskassen, durch die Abhaltung sog. „juden-

¹⁶⁾ Eugen Schmahl, Die antisemitische Bauernbewegung in Hessen von der Böckel- zeit bis zum Nationalsozialismus, Gießen 1933, S. 22 f.

¹⁷⁾ Capistrano war ein Mönch, der während der Hussitenkriege im 15. Jahrhundert gegen die Juden wütete.

freier“ Märkte¹⁸⁾ und vor allem durch die Gründung des „Mitteldeutschen Bauernvereins“ im Jahre 1890 den Bauern echte Hilfen geboten hat in einer Zeit, die dem Bauernstand aus mancherlei Gründen nicht gerade günstig war. In der Verbindung von wirtschaftlichen mit politischen Gedanken wurde Böckel für einen Teil der hessischen Mittelstandsbevölkerung der große Sozialrevolutionär, der König der Bauern, wie er in zeitgenössischen Berichten genannt wurde¹⁹⁾. Die Bauern schwärmten für ihn und sahen in ihm einen Erlöser.

Um das antisemitische Gedankengut auch im klein- und mittelstädtischen Bürgertum populär zu machen, gründete Böckel den „Mitteldeutschen Handwerkerverein“, dessen Satzungen als Ziel für die Zukunft die Gründung einer allgemeinen deutschen Mittelstandspartei herausstellen²⁰⁾. Der langjährige hessische Landtagsabgeordnete Otto Hirschel — 1898—1908 Vertreter des Wahlbezirks Allendorf/Londorf/Grünberg in der 2. hessischen Kammer —, ein antisemitischer Parteigänger Böckels, berichtete 1888 von der Stimmung unter der Bevölkerung Oberhessens, die er von Frankfurt aus besuchte:

„Es ist eine Freude zu sehen, mit welcher Begeisterung diese wettergebräunten Landleute für die heilige Sache ins Zeug gehen. Auf Dr. Böckel blicken sie wie auf ihren Erlöser, überall wird er mit Hochrufen empfangen. Seine Energie und seine Verdienste um unsere Sache sind auch ganz außerordentlich... Wenn man gewohnt ist, hier in dem mit semitischen Dünsten geschwängerten Frankfurt zu leben, so atmet man freier auf, wenn man einmal unter diesen kerndeutschen Hessen weilt, die erkannt haben, wo ihr Feind steht²¹⁾.“

Und der profilierte Vertreter des oberhessischen Antisemitismus, der Reichstagsabgeordnete Prof. Dr. Werner²²⁾, konnte später begeistert schreiben:

„... herrlich und unvergeßlich bleibt es doch, wie sich, durch Böckel wachgerufen, damals der deutsche Siegfriedsgeist zuerst im Hessenvolk offenbarte. Wenn man vom Frührot des deutschen Tages spricht... während noch Millionen schliefen... oder sich verblendet oder verbrecherisch mit Juda, dem geheimen und unerbittlichen Feind alles Nichtjüdischen verbündeten, dann steht mitten darin die ragende Germanengestalt Otto Böckels!“

¹⁸⁾ Bis zum Jahre 1893 war es dem „Mitteldeutschen Bauernverein“ geglückt, zehn solcher Märkte, u. a. in Lang-Göns, Langsdorf, Hohensolms, Homberg/Ohm und Münzenberg, abzuhalten. Nach E. Schmah, a. a. O., S. 66.

¹⁹⁾ Siehe hierzu auch: R. Mack, a. a. O., S. 130, und E. Schmah, a. a. O., S. 23, 44 f. und Bilder, S. 48. Schmah berichtet hier u. a. von den Worten, die ein Bauer während einer Böckel-Versammlung zu seiner kleinen Tochter sagte: „Sieh dir den Mann dort an. Den hat uns Gott gesandt!“ Böckelpfeifen und Böckelnadeln mit seiner Fotografie werden verbreitet, eine Böckelkappe aus blauem Tuch mit langem Schirm wird getragen.

²⁰⁾ E. Schmah, a. a. O., S. 67.

²¹⁾ E. Schmah, a. a. O., S. 49.

²²⁾ Dr. Werner wurde nach dem Tode Philipp Köhlers im Jahre 1911 im Wahlkreis Gießen/Nidda in den Reichstag gewählt, dem er bis 1918 angehörte. Von 1924 bis 1928 war er MdR für die Deutschnationale Volkspartei und trat am 1. 5. 1930 zur NSDAP über.

Böckel erfand auch einen bis dahin unbekanntem Stil des politischen Kampfes, indem er — praktisch Tag und Nacht unterwegs — jeden Ort seines Wahlkreises persönlich aufsucht, dort vor den zusammenströmenden Menschen — oft im Freien — spricht und sich von der begeisterten Menge hinausbegleiten läßt zur Fahrt ins nächste Dorf.

In seinem „Antisemiten-Katechismus“, der als „Handbuch der Judenfrage“ bis 1944 noch viele Auflagen erleben sollte, schrieb Theodor Fritsch („Hammer-Fritsch“):

„Nirgends im ganzen Reiche erwies sich die breite Masse der Bevölkerung für die antisemitischen Ideen so empfänglich wie gerade in Hessen, besonders in Oberhessen.“

Und Hellmuth v. Gerlach, Böckels Marburger Gegenkandidat in den Reichstagswahlen von 1898 und 1903 schrieb später retrospektiv in seinem erschütternden Lebensbericht „Von rechts nach links“: „Meilenweit kamen sie zu seinen Versammlungen gewandert. Beehrte er einen judenfreien Viehmarkt mit seiner Gegenwart, so wurde er von berittenen Bauernburschen eingeholt. Girlanden waren über die Straße gespannt, die Mütter hielten ihre kleinen Kinder hoch und sagten zu ihnen: „Seht euch den Mann an, das ist unser Befreier!“ Ein paar Jahre hindurch war er in Wahrheit der Bauernkönig Hessens²³⁾.“

Mit dem feinen Gespür des Mannes, der das Ohr am Mund des Volkes hatte, erkannte Böckel schon zu Beginn seiner antisemitischen Agitation, daß die zu starke Betonung des christlichen wie des konservativen Gedankenguts der Ausbreitung seiner Bewegung nur hinderlich sein konnte. Schon bald nach seiner Wahl in den Reichstag im Frühjahr 1887 gründete er seine eigene Partei, die „Antisemitische Volkspartei“. Im „Reichsherold“ schuf er sich das Presseorgan, das seine Partei brauchte, um landauf, landab bekannt zu werden. Alle Mitglieder des „Mitteldeutschen Bauernvereins“, der bereits 1888 über 10 000 zählte, hatten diese Zeitung zu beziehen und befanden sich damit in einem lockeren, aber doch ständig durch Böckel gelenkten Zusammenhang mit der Partei²⁴⁾. Für ganze 33 Pf im Monat erhielten die Bauern kostenlose Rechtsauskunft, unentgeltliches Annoncieren im „Reichsherold“, Beteiligung an der Sterbekasse, billigere Versicherungen gegen Hagel und Feuer sowie günstigere Einkaufs- und Absatzmöglichkeiten.

Hier, auf der wirtschaftlichen Ebene, liegen die Hauptquellen seines Erfolgs; hier nimmt sein Antisemitismus gewisse demokratische Züge an und macht sich auf, um die Seelen wie um die Stimmen der ländlichen und kleinstädtischen Bevölkerung zu ringen. Das macht in gleicher Weise den Konservativen und den Sozialdemokraten zu schaffen; nur sehen sie Böckel jeweils in einem anderen Aspekt.

Böckels Stellung ist so gefestigt im mittelhessischen Raum, daß er seinen eigenen starren Weg geht, als sich ein weiterer großer Antisemitenkongreß

²³⁾ Nach Paul W. Massing, a. a. O., S. 84.

²⁴⁾ Siehe hierzu auch R. Mack, a. a. O., S. 134 u. 136. Im Sommer 1892 hatte der „Reichsherold“ 11 000 Abonnenten.

1889 in Bochum, bei dem 250 Abgesandte aus über 100 Orten zusammengekommen waren, nicht auf einen Namen für eine gemeinsame starke Antisemitenpartei einigen kann. Als Böckels eindeutiger Vorschlag „Antisemitische Volkspartei“ nicht akzeptiert wird, tritt er mit seinen Anhängern aus und gründet unter diesem Namen eine eigene Partei, die sich auf dem Erfurter Parteitag am 6./7. Juli 1890 ein Programm gab, das sich sowohl von den christlich-sozialen Antisemiten Stoeckerscher Prägung als auch von den allzu konservativen Judengegnern vom Schlage eines Liebermann v. Sonnenberg unterschied. Böckel griff weit über den Mittelstand hinaus und versuchte auch, die ständig wachsende Arbeiterschaft für seine Ideen zu erfassen, indem er forderte, daß „die sozialen Verhältnisse einschneidender Reformen bedürfen, wenn nicht die auf den Umsturz der heutigen Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen der SPD zum Siege gelangen sollen²⁵⁾“.

Allen bürgerlichen Parteien, vorab dem Liberalismus und den Konservativen sagt Böckel den Kampf an mit den Worten: „Die Antisemitische Volkspartei will vor allem dem übermächtigen und korrumpierenden Einfluß des Großkapitals entgentreten und den produktiven Ständen den Lohn ehrlicher Arbeit sichern²⁵⁾.“ Hauptagitationsmittel aber bleibt die Judenfrage. Sie wird von ihm weder religiös noch national, sondern immer stärker — in Anlehnung an Dühring — als Rassenfrage betrachtet. Dem jüdischen Geist gilt sein Kampf, der „Verseuchung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens durch die jüdische Moral“²⁵⁾ will er entgentreten.

Interessant ist, daß die SPD in der Böckel-Partei in Oberhessen ihren schärfsten Rivalen im Ringen um Wählerstimmen sah, allerdings argumentierte, daß Anhänger Böckel aus ähnlichen Gründen zum Antisemitismus gestoßen seien wie andere Menschen zum Sozialismus und daß diese Massen, die der Agitation der SPD noch nicht zugänglich seien, desto sicherer über den Antisemitismus später zur Sozialdemokratie stoßen würden.

Ganz ähnlich äußerte sich schon 1893 Eduard Bernstein, der Theoretiker des revisionistischen Flügels der SPD:

„Die Stärke des Antisemitismus ist die Unklarheit, Unbestimmtheit, Selbsttäuschung über die Natur dieser Übel . . . Bei den Massen des Volkes wird der Antisemitismus nur da Anhang gewinnen, wo die Sozialdemokratie noch nicht Licht in die Köpfe gebracht hat oder wo noch — wie bei Kleinbauern und Kleinbürgern — das falsch verstandene Interesse den Blick trübt²⁶⁾.“

Schon 1890 hatte der SPD-Delegierte von Marburg auf dem Parteitag in Halle erklärt:

„Auch wir in Hessen sind der Überzeugung, daß für die ländliche Bevölkerung etwas geschehen muß, wenn anders wir Böckels Agitation gegenüber nicht in einzelnen Distrikten zurückweichen sollen²⁷⁾.“

²⁵⁾ E. Schmahl, a. a. O., S. 39.

²⁶⁾ Nach Paul W. Massing, a. a. O., S. 170 (Eduard Bernstein, „Das Schlagwort und der Antisemitismus“, in: „Neue Zeit“, 1892/1893, Bd. XI, Nr. 2, S. 234.)

²⁷⁾ Nach Paul W. Massing, a. a. O., S. 192.

Als der Höhepunkt ihrer politischen Wirksamkeit schon beinahe überschritten war, haben sich Böckel und der neben ihm wohl radikalste Exponent des politischen Antisemitismus Ahlwardt einer Sprache bedient, die der damals innerhalb der SPD noch vorherrschenden marxistischen Terminologie sehr ähnlich war. So schrieb Böckel 1894 im „Reichsherold“: „Der geldgierige Großkapitalist — ganz einerlei ob Jude oder Nichtjude — ist der Würgeengel unseres Volkes, dem er die Arbeitsgelegenheit entzieht. Das Aufspeichern großer Reichtümer muß zur Verarmung und zur Verkehrsstockung führen ²⁸⁾.“

Darauf konnte das sozialdemokratische Parteiorgan „Vorwärts“ frohlockend in einem Artikel ‚Der Antisemitismus als Vorfrucht der Sozialdemokratie‘ antworten, in dem es am Schluß hieß:

„Das muß die Anhänger des Herrn Böckel, wenn sie ihm einmal bis zu diesem Punkt gefolgt sind, schließlich in das Lager der Sozialdemokratie treiben ²⁸⁾.“

Und auch August Bebel konnte sagen:

„Uns kann es nur recht sein, wenn sich die herrschenden Klassen untereinander bekriegen und alles Vertrauen wankt und der Ekel vor dieser Ordnung der Gesellschaft wächst. Wir sehen ruhig zu und warten ²⁸⁾.“

Bei den Reichstagswahlen des Jahres 1890 geht Böckels oberhessischer Antisemitismus seinem bis dahin größten Erfolg entgegen, obwohl seine Versammlungen von der großherzogl. Regierung stark eingeschränkt und teilweise sogar verboten werden ²⁹⁾. Böckel erhöhte in seinem Wahlkreis Marburg seine Stimmzahl von 1887 um rd. 20% und eroberte das Mandat bereits im 1. Wahlgang durch die absolute Mehrheit. (Ergebnis: Böckel — 8739, 3361 Konserv. u. Nationalliberale, Zentrum — 934, SPD — 344.) In nicht weniger als 9 Dörfern — darunter Altenvers — war Böckel einstimmig gewählt worden, in 16 weiteren Dörfern erhielten die Gegner nur je eine Stimme. Es wird berichtet, daß die Bauern auf mühsamen Wegen noch in der Wahlnacht die Siegesmeldungen nach Marburg brachten und daß in Hachborn ein Fackelzug zu Ehren Böckels veranstaltet wurde ³⁰⁾.

Im Wahlkreis Alsfeld-Lauterbach siegte ein aus Dresden herbeigeholter Redakteur eines Antisemitenblattes Oswald Zimmermann, ein zäher Agitator, der es glänzend verstand, der vorwiegend kleinbäuerlichen Bevölkerung klarzumachen, daß allein die Juden für die ungeheure Not im Vogelsberg verantwortlich seien. Bereits im 1. Wahlgang erreichte Zimmermann 5000 Stimmen gegenüber 3369 des Freisinnigen Kalkstein und 3304 Stimmen des Kandidaten der Nationalliberalen Kalle ³¹⁾. Noch am

²⁸⁾ Nach Paul W. Massing, a. a. O., S. 196. In einem Aufsatz „Wandlungen des Antisemitismus“ in „Neue Zeit“, Bd. XXIV, 1906, S. 362 hat sich Phil. Scheidemann später ähnlich geäußert.

²⁹⁾ R. Mack, a. a. O., S. 140 berichtet auf Grund von Quellen des StA Marburg, daß auch in der preußischen Provinz Kurhessen der antisemitischen Bewegung starke Aufmerksamkeit von seiten der staatlichen Behörden geschenkt wurde.

³⁰⁾ E. Schmah, a. a. O., S. 57 f.

³¹⁾ Diese Zahlen und alle folgenden sind den entsprechenden Ausgaben des Gießener Anzeigers entnommen.

Tage vor der Stichwahl versuchten Kreisräte und Bürgermeister von Alsfeld, Lauterbach und Schlitz, den Antisemiten den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem sie einen „Verein gegen den Wucher“ gründeten, der Bauern und Gewerbetreibende schützen sollte. Das aber kam zu spät und wurde außerdem nicht ernst genommen. Zimmermann errang 8906 Stimmen, während der Freisinnige nur auf 3726 kam. Im Jahre 1893 trat an die Stelle Zimmermanns der Maler Fritz Bindewald aus Frischborn, der das Mandat dieses Wahlkreises für die Antisemiten bis 1903 und dann noch einmal von 1907 bis 1912 behauptete ³²⁾.

Im Wahlkreis Gießen-Nidda kandidierte zunächst Böckel selbst für die Antisemiten. Seine Gegner waren der Gutsbesitzer K. Schlenke vom Gießener Hardthof für die NL, der angesehene Rechtsanwalt Dr. Gutfleisch, von 1884 bis 1914 Stadtverordneter, später Ehrenbürger der Stadt Gießen für den Freisinn ³³⁾ und der Schreinermeister Orbig für die SPD. Böckel führte einen äußerst aggressiven Wahlkampf nach allen Seiten. In den ländlichen Gemeinden, in denen er Versammlungen abhielt, stellten junge Bauernburschen schon einen regelrechten Saalschutztrupp für ihn, wobei es nicht selten zu handgreiflichen Auseinandersetzungen kam. Der den NL nahestehende „Gießener Anzeiger“ sprach von den „dröhnenden Schritten der Bauernbataillone, die das Land unsicher machten“, und gelegentlich hinderten behördliche Eingriffe Böckel am Sprechen.

Mit 5950 Stimmen errang Dr. Gutfleisch zwar die meisten Stimmen im 1. Wahlgang am 20. Februar 1890, aber nicht die erforderliche absolute Mehrheit, so daß ein 2. Wahlgang notwendig wurde. Sein Gegner war hier Dr. Böckel, der mit 4521 Stimmen den nationalliberalen Schlenke (4363 Stimmen) knapp auf den 3. Platz verwiesen hatte. Orbig (SPD) konnte damals nur 1734 Stimmen auf sich vereinigen.

Für die Stichwahl am 28. Febr. 1890 stellte sich die SPD durch einen Aufruf Orbigs im „Gießener Anzeiger“ ³⁴⁾ eindeutig auf die Seite Dr. Gutfleischs, während die Nationalliberalen weder für die Antisemiten noch für die Freisinnigen Partei ergriffen. Ein dem GA beigegebenes Flugblatt enthüllt schonungslos den großen Widerspruch, der zwischen dem persönlichen Leben Dr. Böckels und dem Programm seiner Partei sich offenbarte. Die Persönlichkeit Dr. Gutfleischs, die klare Stellungnahme der SPD und in gewisser Weise auch die Sprache des GA ³⁵⁾ brachte dem freisinnigen Kandidaten eine überwältigende Mehrheit in der Stadt Gießen und ihren Vororten, die schließlich auch den Ausschlag für den Erfolg Dr. Gutfleischs im gesamten Wahlkreis gab. Mit fast 500 Stimmen Vorsprung errang er vor Böckel das Mandat für Gießen-Nidda (Ergebnis: Böckel (A) — 8519, Gutfleisch (Freis.) — 9018).

³²⁾ Bindewald, der Zeichner des „Reichsherold“, der bald darauf in Opposition zu Böckel trat, siegte damals nach 4(!) Wahlgängen mit 6314 Stimmen über die Nationalliberalen, die es auf 5338 Stimmen brachten.

³³⁾ Im folgenden werden zur Vereinfachung Abkürzungen gebraucht: A = Antisemitismus, Freis. = Freisinnige Partei, Z = Zentrum, NL = Nationalliberale, Kons. = Konservative, SPD = Sozialdemokraten.

³⁴⁾ Gießener Anzeiger v. 26. Februar 1890.

³⁵⁾ Gießener Anzeiger v. 23. Februar 1890 (Aufruf zur Stichwahl).

Doch mit dieser Entscheidung war die Reichstagswahl des Jahres 1890 für den Gießener Wahlkreis noch nicht beendet. Als Gutfleisch, der gleichzeitig im Wahlkreis Friedberg-Büdingen gewählt worden war, auf sein Gießener Mandat verzichtete³⁶⁾, kam es am 28. März zu einer Neuwahl, bei der insgesamt 5 Kandidaten gegeneinander antraten.

Die NL nominierte erstmals den Gießener Fabrikanten Heyligenstaedt, der den Wahlkreis später von 1903 bis 1907 im Reichstag vertreten hat. Für die SPD kandidierte wieder Orbig. Sogar die Konservativen, die durch den Freiherrn Adalbert von Nordeck zur Rabenau aus Londorf das Gießener Reichstagsmandat bis 1881 behauptet hatten, stellten mit dem Grafen Hermann von Solms-Braunfels wieder einen eigenen Kandidaten auf. Für die Freisinnige Partei löste der Landrichter Dove aus Frankfurt den zurückgetretenen Dr. Gutfleisch ab. Die Antisemiten holten für Dr. Böckel, der ja gleichzeitig in Marburg gewählt worden war, einen Berliner Makler namens Pickenbach nach Gießen, einen sehr umstrittenen Mann, über dem nicht nur das Damoklesschwert der Verhaftung wegen Wechselschulden schwebte, sondern der auch von den einheimischen Antisemiten nur sehr widerwillig als Kandidat akzeptiert wurde. Noch aber wagte es niemand, gegen Böckels Starrsinn und sein oft unkontrolliertes, autoritäres Gebaren vorzugehen oder aufzubegehren. Bereits der 1. Wahlgang brachte eine große Überraschung. Pickenbach errang 7145 Stimmen und ließ damit alle anderen Bewerber weit hinter sich. Während Dove (Freis.) mit 4715 noch mit einem blauen Auge davonkam und mit dieser Stimmenzahl in die Stichwahl gelangte, blieben die NL mit 2100 und die SPD mit 1335 abgeschlagen. Die 428 Stimmen des Braunfelser Grafen (Kons.) waren ohnehin ohne Bedeutung.

Eine Stichwahl am 10. April 1890 mußte also die Entscheidung darüber bringen, ob der Wahlkreis Gießen von der Freisinnigen Partei, einer linksliberalen, der DDP der Weimarer Republik vergleichbaren Gruppierung oder, ebenso wie Marburg und Alsfeld, von den Antisemiten vertreten würde. Erneut wurde ein harter Wahlkampf geführt. Die Antisemiten holten ihre besten Redner nach Gießen. Zahlreiche Versammlungen und Flugblätter beherrschten das Bild des Landkreises; ganzseitige Zeitungsanzeigen mußten Rundfunk und Fernsehen ersetzen. Wahlplakate und Werbeslogans mit modern anmutender Prägung versuchten das Volk vom Wert der Kandidaten zu überzeugen. Die Antisemiten verstanden es am besten, weil am simpelsten, die Wähler anzusprechen, wobei die Demagogie sich oft überschlug. Vom Kinderspiel³⁷⁾ bis zum zynischen Männergesang mußte alles herhalten, um der „Bewegung“ zu dienen. Dr. Gerhard aus Steinbach bei Gießen, ein früherer Mitkämpfer Böckels, schreibt in seinen Erinnerungen: „Nochmals aber will ich dem Gedanken Ausdruck geben, den hochangesehene Männer des öfteren aussprachen, daß seit der Reformation keine Bewegung wieder so die Herzen der

³⁶⁾ Aus einer Stellungnahme Gutfleischs im GA wird deutlich, daß ihm der Wahlkreis Gießen für die Freisinnigen sicherer schien.

³⁷⁾ E. Schmah, a. a. O., S. 62 erwähnt das Kinderspiel „Böckelches“ und H. Hepding, Nachruf auf Otto Böckel, in: Hess. Blätter f. Volkskunde, Bd. XXII, Gießen 1924, S. 89 erinnert sich an den Begriff „der Begel“ im Spiel seiner eigenen Kindheit.

Bevölkerung ergriffen und solch nachhaltige Begeisterung und Entflammung der Gemüter hervorgerufen hat, wie dieser Kampf gegen die Übermacht und den Übermut der Juden ³⁸⁾“

Einer kleinen Auswahl von Werbesprüchen und Liedversen sei an dieser Stelle Raum gegeben:

„Es wird in Deutschland einstens schön,
wenn keine Juden mehr zu sehn;
drum auf zur Wahl für Pickenbach,
sonst hat die Christenheit den Krach ³⁹⁾!“
„Wählt Wilhelm Pickenbach, den wahren Freund des Volkes!“
„So weit die Lumda springt, ist alles Böckel!“
„Dr. Otto Böckel, das ist der Juden Ekel!“
„Es braust ein Ruf wie Blitz und Krach
vom Böckel und vom Pickenbach . . .“
„Als die Juden frech geworden . . .
vorne mit Trompetenschall
ritt der Generalfeldmarschall
Dr. Otto Böckel.“

Auch die Gegner der Antisemiten sind nun hellwach geworden. Neben der SPD entscheiden sich jetzt auch die NL ganz eindeutig für Dove (Freisinn) und stellen alle Gegensätze von früher zurück. Der unabhängige Marburger Professor Stengel, Vater des berühmten Historikers ⁴⁰⁾, reiste nach Gießen, engagierte sich im Wahlkampf und verfaßte eine aufschlußreiche Flugschrift gegen den antisemitischen Kandidaten Pickenbach, insbesondere wegen dessen eigenen Wuchers als Makler in Berlin.

Aber alle diese Anstrengungen blieben vergeblich; die Anziehungskraft der antisemitischen Parolen hatte — nicht zuletzt wegen der oben beschriebenen Propagandamethoden — innerhalb weniger Wochen unter der Landbevölkerung so unglaublich zugenommen, daß selbst die Stadt Gießen die Wahl nicht zugunsten des freisinnigen Kandidaten entscheiden konnte. Mit 8890 Stimmen (Stadt Gießen 149(!)) siegte Pickenbach in der Stichwahl gegen 7724 (Stadt Gießen 2274) Stimmen des Freisinnigen Dove und vertrat den Wahlkreis Gießen bis 1893 im Deutschen Reichstag.

Die entschiedenen Gegner der Böckelbewegung saßen natürlich in der Stadt Gießen, und es zeugt von der Verbissenheit des politischen Kampfes in der damaligen Zeit, wenn Schmahl berichtet, daß in der Nacht vom 10. auf den 11. April — unmittelbar nach dem Wahlsieg Pickenbachs — Dr. Böckel und seine Anhänger von politischen Gegnern in ein Handgemenge verwickelt wurden, wobei die Antisemiten „von einer nach Hun-

³⁸⁾ E. Schmahl, a. a. O., S. 63 f.

³⁹⁾ E. Schmahl, a. a. O., S. 63 f. Dieser Spruch war auf einem Wegweiser bei Ober-Widdersheim zu lesen.

⁴⁰⁾ Nach R. Mack, a. a. O., S. 139 war Stengel neben dem Archivar Dr. Winter seit 1891 Vorsitzender der Ortsgruppe Marburg des „Vereins zur Abwehr des Antisemitismus“, der eine rege Aufklärungstätigkeit über die Demagogie der Antisemiten unter der Bevölkerung betrieb.

derten zählenden, johlenden und schreienden Menge verfolgt“ und mit Knüppeln traktiert wurden ⁴¹⁾.

Zwischen dem Sieg Pickenbachs 1890 und dem Abgang Böckels im Jahre 1894 befand sich die antisemitische Bauernbewegung in Oberhessen auf ihrem Höhepunkt. Der judenfreie Markt in Lang-Göns im Jahre 1890, bei dem über 15 000 Menschen zusammengeströmt waren, galt sozusagen als Parteitag der Antisemiten, ebenso wie die Fahnenweihe der Ortsgruppe Muschenheim des Mitteldeutschen Bauernvereins im Juni 1892, bei der im ehrwürdigen Rahmen des nahegelegenen Zisterzienserklosters Arnsburg rd. 10 000 Böckelanhänger ein Volksfest feierten ⁴²⁾. Bei den Reichstagswahlen des Jahres 1893 erlebte der Antisemitismus in Deutschland einen weiteren großen Aufschwung. Von 5 auf 16 erhöhte sich die Zahl der Antisemiten-Mandate und davon werden 4 in Kurhessen und 3 in Hessen-Darmstadt errungen ⁴³⁾. Obwohl sein Stern im Sinken begriffen ist, schlägt Böckel noch einmal in Marburg mit großer Mehrheit seinen konservativen Rivalen aus dem Feld (Ergebnis: Böckel (A) — 8778, Kons. — 3962), ja es gelingt ihm dort sogar auf Grund einer besonderen politischen Konstellation ⁴⁴⁾ das Mandat bis 1903 zu behaupten, nachdem er für den politischen Antisemitismus seit seinem erzwungenen Rücktritt vom Vorsitz des Mitteldeutschen Bauernvereins im September 1894 bedeutungslos geworden war ⁴⁵⁾.

Im Wahlkreis Gießen tritt der Bauer Philipp Köhler aus Langsdorf, ein treuer Weggefährte Böckels, an die Stelle Pickenbachs und erringt bereits im 1. Wahlgang am 15. 6. 1893 mit 5606 die höchste Stimmenzahl ⁴⁶⁾. Diesmal sind die NL mit C. Meinert, dem Pächter der Domäne Conradsdorf (bei Nidda), der 4300 Stimmen auf sich vereinigte, seine Gegner in der Stichwahl ⁴⁷⁾, während die neugebildete Freisinnige Volkspartei Eugen Richters (Dove 1883) und die SPD (Orbig 2852) auf der Strecke blieben.

Obwohl die Linksliberalen offen für Meinert eintraten, konnte sich die SPD in dieser Wahl zu keiner klaren Stellungnahme verstehen und rief zur Stimmenthaltung auf. Das gab den Ausschlag zugunsten Köhlers, der

⁴¹⁾ E. Schmahl, a. a. O., S. 64. Dort ist sogar ein zeitgenössisches Gemälde von diesem Ereignis abgebildet.

⁴²⁾ R. Mack, a. a. O., S. 136 f. nach Berichten des „Reichsherold“ v. 17. 6. 1892.

⁴³⁾ Diese Wahlkreise waren: Fritzlar/Homberg (Liebermann v. Sonnenberg), Hersfeld/Hünfeld (Ludwig Werner, Hersfeld), Eschwege/Schmalkalden (Leuß), Marburg/Kirchhain (Dr. Böckel), Gießen/Nidda (Philipp Köhler), Alsfeld/Lauterbach (Fritz Bindewald), Bensheim/Erbach (Otto Hirschel).

⁴⁴⁾ Siehe dazu H. v. Gerlach, Von Rechts nach Links, Zürich 1937.

⁴⁵⁾ R. Mack, a. a. O., S. 141—144.

⁴⁶⁾ Über Philipp Köhler liegt — wie über Böckel — noch keine ausreichende Biographie vor. Mit Vorsicht heranzuziehen: E. Schmahl, a. a. O., S. 92—126. Eingehender auch über seine Umwelt: Fr. Heymann, Langsdorfer Heimatbuch, Gießen 1937. Einzelheiten aus seinem Leben und Wirken bringen: K. Holl: „Antisemitismus, kleinbäuerliche Bewegung und demokratischer Liberalismus in Hessen“ in: Arch. f. Hess. Geschichte, NF 30, 1/2 (1967/68), S. 150 ff und K. E. Demandt: „Leopold von Sacher-Masoch und sein oberhessischer Volksbildungsverein zwischen Schwarzen, Roten und Antisemiten, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte, Marburg 1968, S. 190 ff.

⁴⁷⁾ Meinert spielte eine große Rolle in dem 1893 gegründeten „Bund der Landwirte“, der zu den antisemitischen Bauernorganisationen in Opposition stand. (Nach K. E. Demandt, a. a. O., S. 186.)

mit über 1000 Stimmen Vorsprung das Mandat errang (Ergebnis: Köhler 8113, Dove 7023).

Als Köhler im Laufe des Jahres 1896 sein Reichstagsmandat wegen der Übernahme einer Poststelle aufgeben mußte, kam es am 5. 11. 1896 im Wahlkreis Gießen-Nidda zu einer Neuwahl. Köhler durfte sich wieder zur Wahl stellen und hatte sich diesmal mit dem Marburger Prof. Stengel (Freisinnige Volkspartei), dem Nationalliberalen Meinert und vor allem mit Philipp Scheidemann (SPD) auseinanderzusetzen. Das Ergebnis des 1. Wahlganges ließ die Entscheidung noch offen (Ergebnis: Köhler 4177, Scheidemann 3351, Stengel 2129, Meinert 2442). Aber in der entscheidenden Stichwahl vom 19. 11. 1896 siegte Köhler (9737) überlegen über Scheidemann (5265), der das unkluge Verhalten seiner Parteifreunde im Jahre 1893 zu spüren bekam, denn die Rechts- und Linksliberalen stimmten überwiegend für Köhler, da man die SPD für den größeren Feind hielt, eine Einstellung der Bevölkerung, die man im Raum Gießen bis zu den letzten Reichstagswahlen vor dem 1. Weltkrieg im Jahre 1912 beobachten kann⁴⁸⁾.

Bei der turnusmäßigen Reichstagswahl des Jahres 1898 ist es erneut Philipp Scheidemann, der den Liberalen Frank vom 2. Platz verdrängt und gegen Köhler in die Stichwahl kommt (Ergebnis: Köhler 4718, Scheidemann 4495, Frank 4159). Beide Seiten führen einen bedingungslosen, teilweise polemischen Wahlkampf, bei dem man auch vor unfairen Mitteln nicht zurückschreckt⁴⁹⁾. Da sich die Bewußtseinslage der Bevölkerung seit 1896 nur unwesentlich geändert hatte und neben den Kriegervereinen auch alle Liberalen für Köhler aufrufen⁵⁰⁾, ist der hohe Wahlsieg Köhlers über Scheidemann (8839 gegen 5467) kaum verwunderlich, doch sehr bemerkenswert, daß in der Stadt Gießen Scheidemann mehr Stimmen erhielt als der Antisemit. (Stadt Gießen: Scheidemann 1429, Köhler 1127 Stimmen).

Köhler vertrat den Wahlkreis Gießen bis zum Jahre 1903 und dann noch einmal von 1907 bis zu seinem Tode 1911, als Prof. Ferdinand Werner sein Nachfolger wurde. Auch der Wahlkreis Alsfeld-Lauterbach wurde 1898 erneut von dem Antisemiten Bindewald mit über 3000 Stimmen Vorsprung in der Stichwahl behauptet. Im Reichsgebiet war die Stimmenzahl der Antisemiten absolut zwar um rd. 20 000 gestiegen, aber ihre Mandatszahl hatte sich ebenso wie in Hessen um 2 verringert. (Reich: Von 16 auf 14, Hessen: Von 7 auf 5.) Nachdem Böckel — wie schon erwähnt — im Herbst 1894 wegen schwerer interner Auseinandersetzungen, die vor allem in seinen persönlichen Verhältnissen und in seinem Charakter ihre Ursachen hatten, von allen Ämtern innerhalb der Partei, der oberhessischen Bauernorganisationen und des Mitteldeutschen Bauern- und Handwerkervereins zurückgetreten war, übernahm Philipp Köhler auch hier seine

⁴⁸⁾ E. Knauß, Die politischen Kräfte und das Wählerverhalten im Landkreis Gießen während der letzten 60 Jahre, Mitt. d. Oberh. Geschichtsvereins, NF, 45. Bd., Gießen 1961, S. 31—44.

⁴⁹⁾ Gießener Anzeiger v. 21. 6. 1898. Es wird berichtet, daß die Entwendung eines Flugblattes durch einen der SPD nahestehenden Drucker Scheidemann zu der Bemerkung veranlaßte: „Entwenden eines Flugblattes heißt Früheraufstehen als andere Leute!“

⁵⁰⁾ Gießener Anzeiger v. 22. 6. 1898.

Nachfolge⁵¹⁾, löste aber aus taktischen Gründen die enge Verbindung von Partei und Berufsorganisation, weil er glaubte, daß der „reine“ Bauernbund seinen Zielen dienlicher wäre⁵²⁾. So entfaltete Köhler im Hessischen Landtag, dem er seit 1890 zunächst für den Bezirk Butzbach, später für den Bezirk Hungen angehörte, eine rege Tätigkeit, die sich allerdings meist in einer sehr engstirnigen und die Entwicklung der Zeit völlig negierenden Agrarpolitik erschöpfte⁵³⁾.

Im Reichstag spielte Köhler — ähnlich wie viele andere Antisemiten — eine schlechtere Rolle. Seine Fraktionsgenossen mußten ihn oft mit der Bemerkung entschuldigen, er leide an einer unüberwindlichen Abneigung gegen Berlin. In diesem Zusammenhang ist es aufschlußreich zu erfahren, daß nach den amtlichen Unterlagen des Deutschen Reichstags in der Legislaturperiode von 1898—1903 Dr. Böckel in 144, Köhler in 153 und Ahlwardt in 174 von insgesamt 188 Abstimmungen gefehlt haben. Von 58 namentlichen Abstimmungen hat Köhler nur 12(!) mitgemacht. Der bei aller rednerischen Begabung doch einfache Bauer Köhler konnte sich verständlicherweise im Berlin der Jahrhundertwende nicht wohlfühlen. Seine Ausstrahlungskraft beschränkte sich auf seine Heimat Oberhessen und ihre bäuerliche Bevölkerung. Überdies blieb sein politisches Konzept, soweit es über den Antisemitismus und die Rückbildung Deutschlands zu einem Agrarstaat hinausreichte, undurchsichtig, und so stand er — noch stärker als der intelligentere und gewandtere Böckel — als Außenseiter im Reichstag. Mit den antisemitischen Parolen verband er lautstarke Forderungen nach einer Sozialreform, die aber sehr einseitig nur das Bauerntum bevorteilen sollte. Die Nationalliberalen waren für ihn größere Gegner als die SPD, und so stand er in gewisser Weise weiter links als Böckel. Es war besonders in seinen letzten Lebensjahren eine Art demokratischer, „schwarz-rot-goldener“ Antisemitismus⁵⁴⁾. In der Zeitschrift „Deutsche Volkswacht“, die den von Böckel gegründeten „Reichsherold“ im Jahre 1894 abgelöst hatte, verkündete er seine sozialreformerischen und antisemitischen Gedanken und verstand es so geschickt, die völkische Bewegung mit dem sozialen Anliegen des Bauernstandes zu verknüpfen. Als praktizierender evangelischer Christ gab er seinem Antisemitismus auch einen religiösen Anstrich und konnte gerade damit seine Bewegung noch fester im oberhessischen Bauerntum verankern, denn dort lebte man damals noch in einer betont konservativ-protestantischen Grundhaltung⁵⁵⁾. Linksliberale oder sozialistische Ideen konnten hier vor dem

⁵¹⁾ K. E. Demandt, a. a. O., S. 191 f und mit Vorsicht E. Schmah, a. a. O., S. 92 ff.

⁵²⁾ Köhler sah in der regionalen Begrenzung größere Möglichkeiten u. bildete den Mitteld. Bauernverein zum „Hessischen Bauernbund“ zurück.

⁵³⁾ E. Schmah, a. a. O., S. 99—102.

⁵⁴⁾ K. Holl, Antisemitismus, kleinbäuerliche Bewegung und demokratischer Liberalismus in Hessen, in: Archiv für Hessische Geschichte, NF 30, 1/2, Darmstadt 1967/68, S. 151.

⁵⁵⁾ Köhler war ja auf altem antisemitischem Boden groß geworden. Über die antisemitischen Ausschreitungen in Langsdorf berichtet Fr. Heymann, a. a. O., S. 28 f. Inwieweit gerade auf Köhler die Schriften des Volksliteraten, Pfarrer Rudolf Ludwig Oeser, der unter dem Pseudonym O. Glaubrecht die judenfeindliche Broschüre „Das Volk und seine Treiber“ schrieb, eingewirkt haben, ist jüngst von K. E. Demandt, a. a. O., S. 178 f., und R. Mack, a. a. O., S. 177 ff., als Problem in die Debatte geworfen worden.

1. Weltkrieg nur wenig Boden gewinnen. Gegen Ende der 90er Jahre heißt es in Regierungsberichten aus Köhlers oberhessischem Wahlkreis:

„Einzelne Dörfer im Raume Hungen/Lich sind völlig antisemitisch; auch in Lang-Göns und im Lumdatal ist die Bewegung sehr stark.“

Wie Böckel widmete auch Köhler seine Aufmerksamkeit der Einrichtung weiterer judenfreier Märkte, hatte aber mit seinen Bemühungen nur wenig Erfolg, da der wirtschaftliche Aufstieg des Kaiserreiches auch an der Landwirtschaft nicht spurlos vorbeigegangen war und deren Selbsthilfeorganisationen den jüdischen Händler in den Hintergrund treten ließen. Die starren Kampffronten der Böckelzeit begannen sich zu lockern.

Politisch schloß sich Köhler mit seinen oberhessischen Anhängern im Jahre 1895 der „Deutsch-sozialen Reformpartei“ an, die sich auf einer Delegiertenkonferenz in Eisenach am 7. 10. 1894 aus verschiedenen Lagern zu einer Art antisemitischen Einheitspartei zusammengefunden hatte. Hierzu gesellte sich u. a. auch der Rest von Böckels früherer „Antisemitischer Volkspartei“, die sich seit 1893 „Deutsche Reformpartei“ nannte, aber nach Böckels Rücktritt 1894 stark an Einfluß und Bedeutung eingebüßt hatte. Die „Deutsch-soziale Reformpartei“ verfügte 1897 immerhin noch über 13 Reichstagsmandate, und sie konnte bei der Wahl von 1898 wiederum 14 Sitze erringen, davon allein 5 in Hessen. Im Hessischen Landtag trat Köhlers „Hessischer Bauernbund“ seit 1902 als „Hessische Volkspartei“ auf und hatte ansehnliche Erfolge, weil die Masse der bäuerlichen Bevölkerung hinter ihr stand. Als der „Hessische Bauernbund“ im Jahre 1904 — sicher gegen den Willen und die innere Überzeugung Köhlers — vom „Bund der Landwirte“ unter der Führung des nationalliberalen Politikers Graf Oriola⁵⁶⁾ aufgesogen wurde, war auch Köhlers Höhepunkt überschritten. Er wurde zwar im Jahre 1907 nochmals mit knapper Mehrheit in den Reichstag gewählt, aber im Landtag galt er seit 1908 als fraktionsloser Einzelgänger, nachdem er die Hess. Bauernpartei (sprich Volkspartei) verlassen hatte⁵⁷⁾.

Unter Bezug auf die Antisemitenbewegung in Oberhessen sagt Eva Reichmann in ihrer grundlegenden Analyse: „Flucht in den Haß“ (S. 82):

„Im letzten Grund arbeiteten Böckel wie Köhler gegen die Juden mit allen Vorurteilen, Vorwänden und Kampfparolen, die dazu bestimmt sind, das wirtschaftliche Motiv völlig zu vertuschen, die aber in ihrem Kern doch dem unechten Antrieb der reinen Wirtschafts- und Existenzangst ihre Entstehung verdanken.“

Die Hauptkraft des politischen Antisemitismus war — wie im übrigen Reich — auch im oberhessischen Raum gebrochen, als die 1894 zu einer Partei zusammengeschlossenen antisemitischen Richtungen sich im Jahre 1900 wieder entzweiten. Zu groß waren die Gegensätze, zu verschieden die Standorte der Judengegner, um auf die Dauer ein einheitliches Programm des Antisemitismus vertreten zu können. Hinzu traten die offen-

⁵⁶⁾ Über Graf Oriola und seine politische Wirksamkeit jüngst: K. E. Demandt, a. a. O., S. 185 ff.

⁵⁷⁾ K. Holl, a. a. O., S. 152 ff.

sichtlichen Mißerfolge der Antisemiten im Reichstag, wo ihre kleine Zahl und vor allem die Persönlichkeiten ihrer Vertreter nie genügten, um ernst genommen zu werden. Dr. Böckel und der Radauantisemit Ahlwardt, der sich einmal großspurig als der „Rektor aller Deutschen“ bezeichnete, waren bereits vorher von ihren eigenen Parteifreunden ausgeschlossen worden. Das macht deutlich, daß man allmählich auch dort erkannt hatte, daß sich Gegensätze politischer Fragen nicht allein aus der Feindschaft gegen das Judentum lösen lassen. In der Folgezeit gab es wieder die „Deutsch-soziale Partei“ und die „Deutsche Reformpartei“ nebeneinander, deren Standorte mit mehr konservativ bzw. mehr liberal allerdings nur sehr undeutlich wiedergegeben werden können. Daneben wurde der Antisemitismus auch in der „Freien Wirtschaftl. Vereinigung“, einem losen Zusammenschluß, vertreten.

Seit der Legislaturperiode von 1903 taten sich die Parteiantisemiten meist mit Vertretern des Mittelstandes und der Agrarier im Reichstag zur Fraktionsgemeinschaft der sog. „Wirtschaftlichen Vereinigung“ zusammen, ein im allg. parlamentarischer Satellit der Konservativen⁵⁸⁾. Außerhalb des Parlamentes bemühte man sich um Anlehnung und Rückhalt bei konservativen oder berufsständischen Gruppen und Vereinigungen, wo der antisemitische Virus wahrscheinlich lebendiger blieb, als wenn er sich weiterhin im Lärm- und Radauantisemitismus der rein politischen Gruppen totgelaufen hätte. Dort übernimmt man nun den Antisemitismus verschiedener Spielarten und erhebt ihn zum Programmpunkt.

Der Geist der Zeit nach der Jahrhundertwende wurde freilich in zunehmendem Maße immun gegen das Gift des Antisemitismus, weil das Kaiserreich die wirtschaftliche Misere der vorhergehenden Jahre überwunden hatte und sich auf dem Wege zur Weltmacht zu befinden schien. Hierzu sagt Eva Reichmann (S. 139):

„Die Massen werden normalerweise nur unter dem akuten Druck einer Krise den Wunsch zeigen oder die Bereitschaft besitzen, ihr latentes demokratisches Potential auszunutzen . . . Die Massen werden von den ihnen von der Demokratie gegebenen Rechten um so weitgehender Gebrauch zu machen bereit sein, je stärker im Laufe tiefgreifender sozialer Ereignisse ihre Lebensinteressen berührt werden.“

So war das Bestreben der Antisemiten jetzt darauf gerichtet, hof- und gesellschaftsfähig zu werden, und in den Programmen der genannten Parteigruppierungen steht die Judenfeindschaft, wenn überhaupt noch, so nicht mehr in vorderster Front. Man kämpft gegen großstädtische und industrielle Entwicklung und lehnt den Liberalismus in der Wirtschaft ab. Man tritt ein für eine ständisch-konservative, meist agrarisch betonte Volks- und Nationsidee und läßt mehr und mehr die von Gobineau erfundene von Houst. Stewart Chamberlain weiter entwickelte völkisch-rassistische Lehre mit hineinspielen. Der Antisemitismus gilt im wachsenden Maße als unfein, als etwas rein Negatives. Einst eine Äußerung sozial un-

⁵⁸⁾ S. a. dazu: Friedrich Lorenzen: „Die Antisemiten“, Berlin-Schöneberg 1912, S. 47 bis 55, und „Die Wirtschaftliche Vereinigung u. ihr Verhalten bei der Finanzreform“, München 1911 (anonym), S. 8 ff.

zufriedener Bauern- und Kleinbürgerschichten, wird er nun von politischen Gruppen nicht mehr ausschließlich und offen vertreten, sondern er wird zu einer Theorie, die man zu begründen versucht. Man betont seine positiven nationalen und sozialen Ziele und erhebt ihn auf die Ebene des Intellektuellen. Er wird dadurch dem Anschein nach begründeter und zivilisierter, in Wahrheit aber nur kälter und totalitärer.

Der Antisemitismus wird wachgehalten in Verbänden und Organisationen wie dem deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverband, in studentischen Korporationen wie dem VDST (1880) und dem Kyffhäuserverband (1881), dem Alldeutschen Verband (1891), der Patriotismus zum extremen Nationalismus steigerte und seit Class dort die Führung übernommen hatte für Toleranz und Humanität keinen Raum mehr kannte⁵⁹⁾, im Deutschbund (1894), einer Art nationaler Orden, im Reichsverband gegen die Sozialdemokratie (1905) und schließlich auch wieder im rein politischen Bereich in der unmittelbar vor dem Weltkrieg gegründeten Deutsch-völkischen Partei, die das Erbe der Judenfeindlichkeit bewahrt und weitergetragen hat in die schicksalsschwere Zeit der Weimarer Republik. Ihr Vorsitzender wurde 1915 der damalige Abgeordnete des Wahlkreises Gießen, Dr. Ferdinand Werner, der Nachfolger Böckels und Köhlers im oberhessischen Raum. Im Jahre 1913 gab es im Reich bereits 17 Verbände, die von ihren Mitgliedern ein „Blutbekenntnis“ nichtjüdischer Abstammung forderten, allen voran der Alldeutsche Verband seit 1908. War auch die politische Organisation des Antisemitismus von der Jahrhundertwende bis zum Ausbruch des 1. Weltkrieges im Rückschritt begriffen, so nahmen anti-jüdische Stimmungen und Gefühle im Volk doch zu; sie gingen weit über den Kreis der bewußt antisemitischen Wähler hinaus, obwohl auch die Stimmenzahlen diesen Zuwachs ausweisen. Ihre Wirkungen auf fast alle Bereiche des öffentlichen Lebens waren ungeheuer groß, und die Gegensätze wurden immer erneut angeheizt, obwohl die „echte“ Judenfrage, d. h. das reale Vorhandensein von Gruppenspannung zwischen Deutschen und Juden weitgehend gelöst war und von den Antisemiten die „unechte“ Judenfrage aus anderen Gründen immer wieder hochgespielt wurde.

Es ist sicher richtig, daß der Mangel einer klaren politischen Konzeption über die Judenfeindschaft hinaus,-die Skrupellosigkeit seiner Agitation und der fehlende innere Zusammenhalt den politischen Antisemitismus im Kaiserreich schließlich hat scheitern lassen. Übersehen wird aber wohl, daß es dem politischen Antisemitismus der damaligen Zeit an wirklich überragenden und überzeugenden Führerpersönlichkeiten fehlte. Hellmuth v. Gerlach, ein ehemaliger konservativer Junker und Antisemit schrieb in seinem tief beeindruckenden Buche, seinem politischen Testament: „Von rechts nach links“ (S. 114):

„Unter den antisem. Führern habe ich nur wenige anständige Leute kennengelernt, und die, deren Charakter ohne Makel war, waren wissenschaftlich so ungebildet, daß mich jungen Menschen die Empörung packte, als ich Gelegenheit hatte, sie aus der Nähe zu beobachten. Demagogen

⁵⁹⁾ Heinrich Class „Wider den Strom“, Leipzig 1932, S. 130.

waren sie alle, die einen wider besseres Wissen, die anderen infolge mangelnden Wissens. Vom Antisemitismus haben mich weniger die Juden als die Antisemiten selbst abgebracht.“

Hier wird sehr deutlich, daß im letzten Grund die Judenfrage im Kaiserreich ein Problem der Nichtjuden gewesen ist, der Menschen nämlich, die den Aufgaben und Veränderungen der Zeit ratlos gegenüberstanden, sie nicht anders zu bewältigen wußten, als in mehr oder weniger aggressivem Vorgehen gegen eine Minderheit, die man für mancherlei verantwortlich machen konnte oder auf deren Konto man eigenes Versagen abreagierte.

Meine Ausführungen sollten den politischen Antisemitismus des Kaiserreichs als exemplarischen Fall für die stets latente Bereitschaft zeigen, in kurzschlüssiger Selbstgerechtigkeit fremdartig Anmutendes zum Sündenbock für die eigenen unbewältigten Schwierigkeiten zu machen. Hier liegen die Gefahren, denen wir auch heute durch Toleranz, Verstehenlernen und Mitmenschlichkeit zu begegnen haben.

LITERATUR

A. Antisemitismus u. antisemitische Parteien im Kaiserreich

- Broszat, Martin: Die antisemit. Bewegung im wilhelminischen Deutschland. Dissert. Köln 1932, Masch.-Schrift.
- Buch, Willi: 50 Jahre antisemit. Bewegung. Beiträge zu ihrer Geschichte. München 1937.
- Engelmann, Hans: Die Entwicklung des Antisemitismus im 19. Jh. u. Adolf Stöckers antisemitische Bewegung. Theol. Dissert. Erlangen 1953, Masch.-Schrift.
- Fritsch, Theodor: Handbuch der Judenfrage, Leipzig 1933, 33. Aufl.
- Franck, Ludwig: Die bürgerlichen Parteien des Deutschen Reichstages. Historische Skizzen. Stuttgart 1911.
- Gerlach, Hans Christian: Agitation u. parlamentarische Wirksamkeit der deutschen Antisemitenparteien 1873—1895. Dissert. Kiel 1956, Masch.-Schrift.
- Gerlach, Hellmuth v.: Von Rechts nach Links. Zürich 1937. Vom deutschen Antisemitismus, in „Patria, Jb. d. Hilfe“, Berlin-Schöneberg 1904.
- Kampmann, Wanda: Deutsche und Juden, Studien u. Geschichte des deutschen Judentums, Heidelberg 1963.
- Lorenzen, Friedrich: Die Antisemiten. Berlin-Schöneberg 1912.
- Massing, Paul W.: Vorgeschichte des politischen Antisemitismus. Frankfurter Beiträge zur Soziologie. Bd. 8. Frankfurt a. M. 1959.
- Nipperdey, Thomas: Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918. Düsseldorf 1961.
- Pukle, Hans Jürgen: Agrarische Interessenpolitik u. preußischer Konservatismus im wilhelmin. Reiche 1893—1914. Ein Beitrag z. Analyse des Nationalismus in Deutschland am Beispiel d. Bundes d. Landvertr. u. der Deutschkonservativen Partei. Hannover 1966.
- Reichmann, Eva G.: Die Flucht in den Haß. Frankfurt a. M. o. J.
- Sterling, Eleonore: Er ist wie Du, Aus der Frühgeschichte des Antisemitismus in Deutschland. München 1956.
- Wawrzinck, Kurt: Die Entstehung der deutschen Antisemitenparteien 1873 bis 1890. Hist. Studien, Heft 136, Berlin 1927.
- Ohne Verfasser: Die Wirtschaftliche Vereinigung u. ihr Verhalten bei der Finanzreform. Herausg. v. Nationalverein für das liberale Deutschland. München 1911.
- Zmarzlik, Günter: Der Antisemitismus im zweiten Reich, in GWU, 14. Jg. 1963. S. 280 ff.

B. Antisemitismus in Hessen vor 1933

Biographisches zu Otto Böckel, Philipp Köhler u. Ferdinand Werner

- Bodenheimer, Rosy.: Ein Beitrag z. Geschichte d. Juden in Oberhessen von ihrer frühesten Erwähnung bis zur Emanzipation. Diss. Gießen 1931.
- Dascher, Otfried: Polit. Antisemitismus im Marburger Raum. Masch.-Schrift. Examensarbeit, Institut f. Wiss. Politik. Marburg 1960.
- Demandt, Karl E.: Leopold von Sacher-Masoch u. sein Oberhessischer Volksbildungsverein zwischen Schwarzen, Roten u. Antisemiten in Hess. Jb. f. Landesgeschichte, 18. Bd., Marburg 1908, S. 160 ff.
- Heymann, Hugo Friedrich: Langsdorfer Heimatbuch. Gießen 1937.
- Holl, Karl: Antisemitismus, kleinbäuerliche Bewegung u. demokratischer Liberalismus in Hessen. Drei Briefe Philipp Köhlers an Adolf Korell, in Archiv f. hess. Geschichte, NF 36, 1, 2/1967/68, S. 130 ff.
- Hepding, Hugo: Nachruf auf Otto Böckel, in Hess. Blätter f. Volkskunde. Bd. XXII, Gießen 1924, S. 88—90.
- Knauß, Erwin: Die politischen Kräfte u. das Wählerverhalten im Landkreis Gießen während der letzten 60 Jahre, in Mitt. d. Oberhess. Geschichtsvereins, Bd. 45/1961, S. 1 ff.
- Mack, Rüdiger: Otto Böckel u. die antisemitische Bauernbewegung in Hessen 1887—1894, in Wetterauer Geschichtsblätter Bd. 16, 1969, S. 113 ff.
- Ruppin, Artur: Die Juden in Hessen, Berlin 1909.
- Schmahl, Eugen, und Seipel, Wilhelm: Entwicklung der völkischen Bewegung, Gießen 1933. Darin: Die antisemitische Bauernbewegung in Hessen von der Böckelzeit bis zum Nationalsozialismus.
- Schwarz, Max: Biographisches Handbuch d. deutschen Reichstags. Hannover 1965.
- Werner, Ferdinand: Otto Böckel, in Lebensbilder aus Kurhessen und Waldeck, Veröff. d. Histor. Kom. 20/1. Marburg 1939.